BSW
Landesverband
Hamburg

Das BSW ist endlich eine Partei, die die Interessen der Menschen ernst nimmt und spürbare Verbesserungen schaffen will und wird. Als BSW Landesverband Hamburg machen wir uns stark für die Belange und Bedürfnisse der Menschen, die hier leben. Der Hamburger Landesverband ist in sieben Regionalbereiche entsprechend den Bezirken Hamburgs gegliedert.

Du möchtest mitmachen?

Unterstützer und Mitglieder treffen sich regelmäßig persönlich und diskutieren aktuelle regionale und auch die ganz großen Themen. Die Termine findest du auf unserer Website. Komm gern vorbei oder schreib uns eine Mail!

Bezirk Altona
Ina Marie, Anna Katharina
team-altona@hh.bsw-vg.de

Bezirk Bergedorf
Cansu
team-bergedorf@hh.bsw-vg.de

Bezirk Eimsbüttel
Sabine
team-eimsbuettel@hh.bsw-vg.de

Bezirk Hamburg-Mitte
Malte
team-mitte@hh.bsw-vg.de

Bezirk Hamburg-Nord
Peter
team-nord@hh.bsw-vg.de

Bezirk Harburg
Franziska
team-harburg@hh.bsw-vg.de

Bezirk Wandsbek
Marion, Arne
team-wandsbek@hh.bsw-vg.de

Folge uns!

Instagram: @bsw.hamburg
X: @BSW_LV_Hamburg
Facebook: BSW Hamburg

BSW Landesverband Hamburg
Cordesweg 51, 22415 Hamburg
E-Mail: info@hh.bsw-vg.de

hh.bsw-vg.de

V.i.S.d.P.: Burkhard Bujotzek, Vorsitzender, BSW Landesverband Hamburg, Cordesweg 51, 22415 Hamburg



Gesetzliche Krankenversicherung: Höhere Kosten, geringere Leistung

Aktuell will die Bundesregierung ein Sparpaket für die gesetzliche Krankenversicherung durchsetzen. Die Sparpläne greifen vor allem den gesetzlich Versicherten in die Tasche, unter anderem mit einer **Erhöhung der Zuzahlung bei Medikamenten** und der **Einschränkung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern.** Eine bessere ärztliche Versorgung, Lösungen für die Pflegekrise und kürzere Wartezeiten auf Arzttermine sind nicht vorgesehen.

Unverschämtheit: Gesetzlich Versicherte sollen eine Zusatzlast von ca. 12 Mrd. Euro tragen. Pro Jahr!

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wird prinzipiell durch Beiträge ihrer Mitglieder finanziert. Diese Beiträge sollen die Gesundheitskosten der Versicherten selbst abdecken. Bei den sogenannten „versicherungsfremden Leistungen“ passiert jedoch etwas anderes:

Die GKV übernimmt Aufgaben, die eigentlich staatliche Sozialpolitik sind. Diese Aufgaben werden nicht vollständig aus Steuern finanziert, obwohl sie die Allgemeinheit betreffen.

Die Gesundheitsversorgung von Menschen im Bürgergeld wird über die GKV organisiert. Der Staat zahlt dafür zwar Pauschalen, aber:

- **Diese decken die tatsächlichen Kosten nicht vollständig.**
- **Die Differenz (mehrere Milliarden Euro jährlich) bleibt bei der GKV hängen.**

Das bedeutet praktisch: Die fehlenden Milliarden werden über Beiträge der gesetzlich Versicherten ausgeglichen.

Nicht alle Steuerzahler tragen die Last gleichermaßen, sondern vor allem die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung, während andere Gruppen verschont werden.

Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) sagt es ganz deutlich:

*„Die in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) entstehenden Kosten im Zusammenhang mit Bürgergeldbeziehenden aus Steuermitteln zu bezahlen, würde **rund zwölf Milliarden Euro** kosten“, sagte Klingbeil der Süddeutschen Zeitung am 11.04.2026. Er habe zwar per se nichts dagegen, doch der Bundeshaushalt habe jetzt schon Lücken. „Die werden nicht kleiner, wenn wir noch mehr Geld herausnehmen.“* Quelle: aerzteblatt.de

Die Aussage verdeutlicht, wie in Regierung und Teilen der Altparteien gedacht wird: **Warum den Bundeshaushalt belasten, wenn man Kosten auf diejenigen verlagern kann, die sich kaum dagegen wehren können?**

Die Folge: Gesetzlich Versicherte tragen wachsende Lasten, während andere Gruppen weniger betroffen sind. **Das ist ungerecht und zeigt einmal mehr, wie rücksichtslos die Altparteien Politik gestalten.**

Was statt dessen gemacht werden sollte, ist klar: **Steuerfinanzierung staatlicher Aufgaben statt Belastung der GKV, ein Ende der Zweckentfremdung der Sozialkassen und ein Ausgleich für vergangene Belastungen.** Und schon wäre die Diskussion um die Finanzierbarkeit des Sozialstaats eine völlig andere.

Wer bestellt, muss auch bezahlen – Schluss mit der Plünderung der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Beitragszahler dürfen nicht länger einseitig zur Kasse gebeten werden.

Damit Gesundheit wieder den Menschen dient, statt auf Profit ausgerichtet zu sein, ist ein grundlegender Kurswechsel nötig. Wie das gelingen kann, zeigen wir in unserem Konzept:

Gesundheit für alle statt teure Rendite-Medizin

https://bsw-vg.de/bsw-positionspapier-gesundheit-fuer-alle-statt-teure-rendite-medizin/